

Stand: 27.04.2024 01:21:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/10686

"EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Ausweitung der einseitigen Belastungen für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/10686 vom 13.12.2011
2. Beschluss des Plenums 16/10780 vom 15.12.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Franz Maget, Reinhold Perlak, Reinhold Strobl, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos** und **Fraktion (SPD)**

EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Ausweitung der einseitigen Belastungen für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Privatverbrauchern und Kleinbetrieben keine höheren Stromkosten aufgrund von Ausnahmeregelungen für Großverbraucher bei der EEG-Umlage oder den Netzentgelten aufgebürdet werden.

Begründung:

Die Besondere Ausgleichsregelung deckelt die EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit hohem Stromverbrauch auf 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Bislang kommen Unternehmen mit einem jährlichen Stromverbrauch von mehr als zehn Gigawattstunden und einem Stromkostenanteil von mehr als 15 Prozent an der Bruttowertschöpfung in den Genuss dieser Regelung. In der ab 2012 geltenden Fassung des EEG wird die Besondere Ausgleichsregelung jedoch bereits Unternehmen mit einem Jahresstromverbrauch von nur einer Gigawattstunde und schon ab einem Stromkostenanteil von 14 Prozent an der Bruttowertschöpfung gewährt. Damit wird sich die Zahl der privilegierten Unternehmen massiv erhöhen. Durch die Besondere

Ausgleichsregelung liegt die EEG-Umlage bei allen nicht privilegierten Letztverbrauchern um mehr als den Faktor 70 höher, als bei den privilegierten stromintensiven Unternehmen. Dabei profitieren Letztere bereits von der preisdämpfenden Wirkung der Erneuerbaren Energien an der Leipziger Strombörse, da regenerativ erzeugter Strom zunehmend teureren Strom aus fossilen Kraftwerken verdrängt. Die massive Ausweitung der Besonderen Ausgleichsregelung verschärft zudem verfassungsrechtliche Bedenken. Die zunehmende Ungleichbehandlung der Stromverbraucher erscheint im Hinblick auf den Gleichheitssatz des Grundgesetzes problematisch, vor allem vor dem Hintergrund, dass jede Begünstigung von Unternehmen im EEG zwangsläufig zu höheren Belastungen aller anderen, nicht privilegierten Stromverbraucher führt. Die Staatsregierung hatte sich im Rahmen der EEG-Novellierung im Bundesrat für einen gleitenden Einstieg in die Besondere Ausgleichsregelung eingesetzt, der in der von der Staatsregierung angedachten Ausgestaltung sogar zu einer noch viel weitergehenden Ausgleichsregelung geführt hätte. Der eigentliche Zweck der Besonderen Ausgleichsregelung war es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen zu erhalten, unter dem Vorbehalt, dass dadurch die Ziele des EEG nicht gefährdet werden und die Begünstigung der Unternehmen mit den Interessen der Gesamtheit der Stromverbraucher vereinbar ist. Der Vorschlag der Staatsregierung läuft diesem Grundsatz eklatant zuwider, da er die EEG-Umlage für nahezu alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes begrenzt und damit allen nicht privilegierten Letztverbrauchern unabsehbare Mehrbelastungen aufbürdet würde. Die SPD-Landtagsfraktion lehnt daher jede weitere Ausweitung der Besonderen Ausgleichsregelung über die derzeit gültige Regelung im EEG 2009 hinaus ab. Durch die Neufassung des § 19 der Stromnetzentgeltverordnung wurden überdies Großstromverbraucher von sämtlichen Netzentgelten befreit, wenn deren Stromabnahme mindestens 7.000 Stunden im Jahr erfolgt und sich auf mehr als zehn Gigawattstunden beläuft. Auch die Kosten dieser weiteren Ausnahmeregelung haben die übrigen Stromverbraucher zu tragen. Die Bundesnetzagentur hat bereits angekündigt, dass die dadurch entgangenen Erlöse auf die allgemeinen Netznutzer umzulegen sind. Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich gegen diese Regelung aus, die ausgerechnet die intensivsten Netznutzer von jeglicher Beteiligung an den Kosten für Netzausbau und -instandhaltung befreit und die dadurch entstehenden Kosten auf die übrigen Stromverbraucher abwälzt.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Franz Maget, Reinhold Perlak, Reinhold Strobl, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/10686

EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Ausweitung der einseitigen Belastungen für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Erwin Huber

Abg. Dr. Thomas Beyer

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Tobias Thalhammer

Staatssekretärin Katja Hessel

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)

EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Ausweitung der einseitigen Belastungen für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen (Drs. 16/10686)

(Unruhe bei den Oppositionsfraktionen)

- Wenn die Opposition geneigt ist, dem Plenum ihre Aufmerksamkeit zu widmen, können wir in der Tagesordnung fortfahren.

(Anhaltende Zurufe von den Oppositionsfraktionen und Gegenrufe von den Regierungsfractionen)

- Der Gang der Dinge sollte durch Ihre Gespräche nicht behindert werden.

(Zuruf von der SPD: Es sind ja erst wenige Abgeordnete hier! Die Kollegen müssten geholt werden!)

- Dies geschieht sofort, Herr Kollege. Die CSU hat nämlich namentliche Abstimmung beantragt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass sich wegen des Verzichts der Fraktionen von CSU und FDP auf die Einreichung eines Plenardringlichkeitsantrags die Redezeit auf 18 Minuten pro Fraktion reduziert.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Ludwig Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich darf aus der "Bayerischen Staatszeitung" zitieren. Christoph Hammer, CSU-Oberbürgermeister von Dinkelsbühl,

sagt, er könne es absolut nicht verstehen, dass bei der derzeit florierenden Wirtschaft eine hohe Entlastung der Industrie zulasten der kleinen Betriebe und Privatfirmen erfolgt. In dem betreffenden Artikel führt er weiter aus, er halte es für unmöglich, dass bei seinen Stadtwerken die Preise gesenkt würden. Er wollte dies zwar tun, kann es aber nicht, weil seine Stadtwerke wegen des EEG 300.000 Euro Umlage weniger bekommen.

Das heißt: Das Gesetz, das zum 1. Januar in Kraft treten soll, schadet den Kleinunternehmern, den Gewerbetreibenden und den Privathaushalten in diesem Land. Das ist unsozial, weil die Preise zulasten dieses Kreises in die Höhe getrieben werden.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn damit erzeugen wir eine Stimmung gegen die Energiewende. Schon jetzt wird nämlich gesagt: Alles wird nun viel teurer. In Wirklichkeit würde es nicht teurer, wenn man nicht diese massive Umverteilung betreiben würde.

(Beifall bei der SPD)

Dies will ich nun im Einzelnen darstellen.

Die Ausweitung der besonderen Ausgleichsregelungen im EEG und die Befreiung der Großverbraucher von Netznutzungsentgelten sowie von der Netznutzungsversorgung haben Auswirkungen. Im alten EEG ist eine Regelung für die stromintensiven Unternehmen enthalten. Das sind 600 Unternehmen. Man hat sie aus Wettbewerbsgründen schon vor langer Zeit von den hohen Belastungen befreit.

Jetzt macht man eine Nacht-und-Nebel-Aktion. Im neuen EEG ist diese Regelung schlicht vergessen worden. Als man das entdeckte, hat man das, was die Verbände gewollt haben, in dieser Nacht-und-Nebel-Aktion schlichtweg ins Gesetz geschrieben. Dadurch wird es zu erheblichen Preissteigerungen kommen, die Kleinunternehmer, Selbstständige, Gewerbetreibende und Privathaushalte ausbaden dürfen.

Laut Bundesumweltministerium macht die Ausnahmeregelung des EEG für die Industrie 0,9 Cent pro Kilowattstunde aus. Die übrigen Verbraucher zahlen 3,53 Cent EEG-Umlage. Das heißt, mehr als ein Viertel der EEG-Umlage wird ausschließlich durch die Ausnahmeregelung erfasst. Ich glaube, so darf man Umverteilung nicht betreiben.

Jetzt setzt man noch eines drauf. Für 2011 ist eine Begünstigungswirkung von 2,2 Milliarden Euro zu erwarten. Um 2,2 Milliarden Euro werden Unternehmen zulasten der anderen entlastet. Ich glaube nicht, dass das nur mit Wettbewerbsverzerrung etwas zu tun hat, sondern da wird Stimmung gegen die Energiewende erzeugt.

(Beifall bei der SPD)

Wir glauben, die bisherige Regelung hat völlig ausgereicht, die 600 Großunternehmen herauszunehmen. Inzwischen sind es allerdings 6.000 Unternehmen, die zum 1. Januar 2012 herausgenommen werden sollen.

Es kommt noch eines hinzu. Mir liegt ein Schreiben vor, das von einem gewissen Herrn Kauder sowie von einem Herrn Brüderle und einer Frau Hasselfeldt unterschrieben worden ist. Diese fordern schon jetzt - das Gesetz ist noch gar nicht in Kraft - eine Reduzierung der Einspeisevergütung für Photovoltaik und eine Deckelung. Diese führt zu einer völligen Verunsicherung, nämlich dann, wenn der Deckel auf die 1.000 MW gesetzt wird.

Zweitens kommt hinzu, dass man die kleinen Biogasanlagen - das wird die Landwirte besonders freuen - ebenfalls reduzieren will. Da fragt man sich: Wo wollen wir mit der Energiewende eigentlich hin?

Jetzt kommt der Hammer: Die Betriebe, die jetzt entlastet worden sind, reichen offensichtlich immer noch nicht. Weitere stromintensive Betriebe sollen von der EEG-Umlage entlastet werden.

Meine Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. Wir wollen gewährleisten wissen, dass es in der Verteilung gerecht

zugeht. Aber was hier gemacht wird, ist nicht gerecht. Denn der Merit-Order-Effekt sorgt eigentlich schon dafür, dass für die großen Unternehmen Strom an der Börse schon jetzt so günstig ist, dass die EEG-Umlage kompensiert wird bzw. der Preis darunter liegt. Da gibt es einen Zuschlag und noch einmal einen Zuschlag und dann noch ein Sahnehäubchen drauf. Ich glaube nicht, dass wir uns so etwas derzeit leisten können.

Die entgehenden Netzentgelte machen rund 500 Millionen Euro aus. Wie will man das denn kompensieren? Wir wissen genau, dass wir für den Ausbau der Netze unglaublich viel Geld brauchen werden. Diese Summe verringert sich aber, weil wir Unternehmen 500 Millionen Euro schenken, die es gar nicht notwendig haben. Das ist doch die Logik Ihres Bürgermeisters.

Es ist höchste Zeit, Korrekturen vorzunehmen. Das kann aber nicht so geschehen, wie Frau Hasselfeldt es vorschlägt, sondern es muss sichergestellt werden, dass jeder den Preis für Energie zahlt, der notwendig ist, um die Zukunft der Energieversorgung zu sichern und die Netze ausbauen zu können. Nur so kann es gerecht auf dem Markt zugehen.

Man kann sich der Einschätzung nicht erwehren, dass durch die fortgesetzte Abwälzung der Stromkosten auf die Privatkunden und die Kleinbetriebe die Energiewende der Bevölkerung madig gemacht werden soll. Wir glauben, dass man mit dieser Maßnahme die kleinen Unternehmen und die Selbstständigen zusätzlich belastet. Das wäre nicht notwendig, wenn man bei der alten Regelung verbliebe. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Wörner. Als Nächster hat Kollege Huber das Wort. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das war ein typischer Wörner: Man mischt verschiedene Fakten zusammen, gießt ein bisschen Ideologie hinzu und führt sich als Robin Hood auf.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Ich rufe den Kollegen von CSU und FDP und auch von den FREIEN WÄHLERN zu: Fürchtet euch nicht, auch wenn das, was Herr Wörner eben geboten hat, eine Giftmischung ist, die mit den Fakten nichts zu tun hat.

(Bernhard Roos (SPD): Das ist nun wieder ein echter Huber!)

- Ich bleibe bei meiner Linie, Herr Kollege.

Was die künstliche Empörung des Kollegen Wörner so unglaublich macht, ist die Tatsache, dass die Privilegierung von Großunternehmen von der rot-grünen Koalition im Jahre 2004 eingeführt wurde. Die letzten sieben Jahre hat er sich nicht aufgeregt, aber jetzt, wo eine Verbesserung für den Mittelstand erfolgt,

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht wahr!)

regt er sich auf. Meine Damen und Herren, das ist scheinheilig, nichts anderes.

(Beifall bei der CSU)

Das, was die rot-grüne Koalition im Jahre 2004 eingeführt hat, war gar nicht so dumm. Es war vielmehr logisch und sogar vernünftig. Man wollte intensiv stromverbrauchende Wirtschaftszweige aus der Sonderbelastung herausnehmen, um sie international wettbewerbsfähig zu halten und damit die Arbeitsplätze in diesen Sektoren in Deutschland zu erhalten. In den Bereichen Aluminium, Papier, Chemie oder auch Carbon wären sie international nicht mehr wettbewerbsfähig, wenn man schlankweg das machen würde, was Herr Wörner heute vorschlägt.

(Zurufe von der SPD)

Wir stehen für Arbeitsplätze in Deutschland, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun habe ich eine Frage an die Wirtschaftsexperten der SPD. Herr Kollege Beyer und Herr Kollege Roos, Sie betonen doch immer - gestern war das wieder der Fall -, dass man auf die Werkbank sehen müsse. Man müsse darauf achten, dass Deutschland ein industrieller Produktionsstandort bleibe. Unter diesem Aspekt können Sie dem Antrag des Kollegen Wörner, der eine massive Mehrbelastung dieser Unternehmen zur Folge hätte,

(Zurufe von der SPD: Das ist doch nicht wahr!)

nicht zustimmen. Aus welchem Anlass regt sich Herr Wörner nun so auf? Zum 1. Januar 2012 soll in der Tat eine weitere Verbesserung kommen. Ich spreche von Verbesserung, Sie sagen Privilegierung. Was soll geschehen? Die Grenze von zehn Gigawattstunden, die bisher für etwa 700 Unternehmen gegolten hat, wird auf eine Gigawattstunde abgesenkt. Das heißt, der industrielle Mittelstand, der ebenfalls dem internationalen Wettbewerb unterliegt, erhält diese Vergünstigungen gleichfalls, und das ist richtig so.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Rot-Grün hat nur die ganz großen Konzerne entlastet. Wir entlasten auch den Mittelstand, das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege Wörner, Sie haben erstens verschwiegen, dass die SPD dieser Energiewende einst zugestimmt hat. Zweitens wissen Sie wahrscheinlich nicht - das unterstelle ich jetzt einmal -, dass die Staatsregierung im Bundesrat einen noch weitergehenden Antrag gestellt hat. Das war vernünftig, Frau Kollegin Hessel. Man hätte die Eingangsschwelle nicht per Gesetz bei 14 % Stromanteil an der Bruttowertschöpfung

eines Unternehmens festgemacht, sondern man wäre mit fünf Prozent eingestiegen und hätte diese Vergünstigung degressiv bzw. progressiv ausgebaut.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Damit hätte die Staatsregierung in der Tat noch mehr Unternehmen des produzierenden Gewerbes entlastet. Dieser Vorschlag Bayerns hat im SPD-dominierten Bundesrat sogar eine Mehrheit gefunden. Ganz im Gegenteil zu dem also, wofür sich Herr Wörner heute aufplustert, haben seine Parteifreunde in den anderen Ländern diesem weitergehenden Vorschlag Bayerns zugestimmt. Leider ist er dann vom Bundestag nicht übernommen worden. Es bleibt also bei einer Vergünstigung nur bis zu einer Gigawattstunde.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit die Scheinheiligkeit und Doppelzüngigkeit der SPD herausstellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Absenkung der Schwelle ist vernünftig, weil auf diese Weise auch der im internationalen Wettbewerb stehende gewerbliche Mittelstand entlastet wird. Auf diese Art werden auch beim Mittelstand in Bayern Arbeitsplätze erhalten. Ziel der Energiewende war doch, keine Arbeitsplätze zu gefährden.

(Ludwig Wörner (SPD): Warum beschweren Sie sich dann?)

- Weil nicht alle entlastet werden. Es werden die energieintensiven Unternehmen entlastet, deren Stromanteil an der Bruttowertschöpfung bei 14 % liegt. Das sind Unternehmen, die durch eine Erhöhung des Strompreises ganz besonders belastet sind, gleichzeitig aber mit Unternehmen konkurrieren müssen, wie beispielsweise französischen Unternehmen, die im Bereich der Strompreise massiv privilegiert sind.

Was ich Ihnen damit sagen will, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Folgendes: Die Veränderung, die zum 01.01.2012 in Kraft tritt, ist mittelstandsfreundlich. Sie

ist arbeitnehmerfreundlich. Sie schützt Arbeitsplätze in Deutschland. Das ist konjunkturell genau das Richtige. Denn wir gehen möglicherweise einer schwierigeren wirtschaftlichen Lage entgegen. In dieser Situation Unternehmen, die durch die Energiekosten sowieso besonders belastet sind, zusätzlich zu belasten, heißt Arbeitsplätze zu gefährden. Was Sie machen, ist eine massive Gefährdung von Arbeitsplätzen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn die SPD ihrer Linie als Arbeitnehmerpartei im Hinblick auf die Energiepolitik treu bliebe und nicht ideologisch verblendet wäre, würde sie einen solchen Antrag gar nicht stellen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Wörner, Sie haben den Brief Kauders, Hasselfeldts und anderer angesprochen. Das ist ein völlig anderes Spielfeld. Es geht da um die Frage, ob die Einspeisevergütung für Photovoltaik in der jetzigen Größenordnung noch gerechtfertigt ist. Die Module werden von Jahr zu Jahr billiger; das weiß jeder. Da ist es dann nicht mehr sinnvoll, denen, die hier investieren können, Renditen von 10, 12 oder 15 % zu lasten der kleinen Leute zu ermöglichen. Selbstverständlich muss eine Anpassung vorgenommen werden. Wenn die Kosten für solche Anlagen deutlich sinken, muss logischerweise auch die Einspeisevergütung abgesenkt werden. Dies hat in der Tat einen dämpfenden Effekt auf die Strompreise für alle Bürger Deutschlands. Was Hasselfeldt, Kauder und andere vorgeschlagen haben, ist logisch und entspricht dem, was wir zur Energiewende immer gefordert haben, nämlich eine vernünftige Anpassung.

Wir sind durchaus dafür, dass die Energiekommission diese Themen weiterhin im Auge behält. Man muss möglicherweise in einigen Jahren eine Überprüfung aller Maßnahmen vornehmen, um die Wirkung abschätzen zu können. Einer solchen Kommission würden wir uns in keiner Weise verschließen. Das hat Ihnen die Staatsregierung übrigens im September bereits mitgeteilt. Jetzt in der letzten Sitzung vor Jahres-

ende stellen Sie einen solchen Antrag, obwohl auf Bundesebene vor dem 1. Januar 2012 nichts mehr geregelt werden kann. Es ist nur Schaumschlägerei, was die SPD mit ihrem Antrag betreibt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, denen es um den Erhalt von Arbeitsplätzen im Mittelstand Bayerns geht, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Huber, bleiben Sie bitte noch am Redepult.

Erwin Huber (CSU): Gerne!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Der Kollege Dr. Beyer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Beyer, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, ich erwarte mir jetzt nicht den großen Weihnachtsfrieden. Ich bin sicher, Sie werden meine Zwischenbemerkung nutzen, um das Gleiche mit der gleichen Emotion noch einmal zu sagen. Das soll Ihnen gegönnt sein.

Ich bitte nur eines zur Kenntnis zu nehmen, da Sie mich persönlich angesprochen haben: Wir haben diese Fragen in unserer Fraktion - offensichtlich intensiver als die CSU-Fraktion - mehrfach ausführlich diskutiert. Natürlich sprechen Sie einen Zielkonflikt an; selbstverständlich, das ist doch überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Ich bitte Sie aber schon, den Text des Antrags noch einmal zu lesen. Der Antrag wendet sich natürlich nicht grundsätzlich gegen Modifizierungen der Belastungen. Er wendet sich aber gegen eines, das bitte ich, in der Gesamtschau deutlich zu sehen. Er wendet sich dagegen, dass die Belastung dann überproportional wirkt oder nur noch diejenigen trifft, die innerhalb und außerhalb wirtschaftlicher Betätigung am allerwenigsten

haben. Sie da drüben müssen jetzt nicht schon wieder brummen. Lesen Sie diesbezüglich die Stellungnahme des Bundes der Selbstständigen, mit der er uns deutlich auffordert - Sie natürlich noch mehr als uns, weil Sie die Dinge in der Hand haben -, diese Sachen so nicht umzusetzen.

Das heißt also: Das Grundproblem, dass die Lösung schon jetzt die Großen ganz stark entlastet und dass wir für einen Teil des Mittelstandes eine Entlastung schaffen, aber wohl nicht für den kleineren Mittelstand, hat uns dazu gebracht, zu sagen, dass wir uns etwas Sinnvolleres einfallen lassen müssen. Die Anforderung an die Regierenden in Berlin und in München ist, genau das zu tun.

Ein Letztes. Wir haben uns in der Fraktion verabredet. Wir werden uns das sehr genau ansehen. Wir werden die Zahl der betroffenen Betriebe trennscharf aus der Statistik erst ab Januar ersehen - das wissen Sie genauso gut wie wir. Dann werden wir genau hinsehen, welche Entlastungseffekte wo eintreten und wo sie nicht eintreten. Ich bitte Sie angesichts Ihrer vorweihnachtlichen Emotionen, uns zuzugestehen, dass wir die Dinge sehr wohl im Gesamtzusammenhang sehen. Eines ist richtig: Wir müssen das Thema Erhalt der Arbeitsplätze in diesem Sinn an oberster Stelle sehen. Da sind wir uns einig.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): Lieber Herr Kollege Beyer, ich danke Ihnen zunächst einmal dafür, dass Sie mir zwei Minuten Redezeit verschaffen. Das werde ich Ihnen nicht vergessen.

(Zurufe von der SPD)

- Wir machen hier keinen Pakt. Es ist auch so, dass ich Ihnen etwas emotionsfreier und pragmatischer antworte als dem Kollegen Wörner, der aufgrund seiner ideologischen Orientierung für mich ein rotes Tuch ist.

(Zurufe von der SPD)

- Man muss Freund und Feind klar unterscheiden können.

Ich möchte zwei Punkte anführen. Erstens. Im Moment weiß man noch nicht, wie viele Unternehmen tatsächlich begünstigt werden,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

da die Anträge erst gestellt werden. Es geht aber nicht um den Unterschied zwischen groß und klein, sondern vielmehr darum, dass die Produktion aufgrund des Stroms mit einer hohen Belastung verbunden ist, nämlich in Höhe von 14 % der Bruttowertschöpfung. Eigentlich müsste man sagen: Die zum 1. Januar in Kraft tretende Regelung ist mittelstandsfreundlich. Die rot-grüne Gesetzgebung seit 2004 sah bisher nur eine einseitige Begünstigung der ganz großen Konzerne vor. Jetzt kommt der industrielle Mittelstand dazu. Das ist mittelstandsfreundlich.

Zweitens. Die Belastung, die sich daraus ergibt, ist schwer abzuschätzen. EEG- und Netzentgelte werden zusammen möglicherweise bei 0,2 bis 0,3 Cent pro Kilowattstunde liegen. Wenn man nun weiß, dass der einzelne Stromkunde heute schon 3,5 Cent aufgrund des EEG bezahlen muss, kann man sich ausrechnen, dass es sich um eine Mehrbelastung handelt, die weniger als 10 % der EEG-Belastung ausmacht. Das war seinerzeit im Jahr 2004 auch die Grenze - man hat gesagt, dass es nicht mehr als 10 % sein dürfen. Diese Grenze wird nicht überschritten.

Ich will Ihnen ein Drittes sagen. Herr Dr. Beyer, wenn man den Umverteilungseffekt so in den Mittelpunkt stellt wie Herr Wörner, dann muss man natürlich auch sagen: Durch die EEG-Einspeisevergütung werden 12 bis 14 Milliarden Euro im Jahr umverteilt, auch zulasten der kleinen Einkommen, der Mieter, der Hartz-IV-Empfänger und der

Arbeitnehmer. Sie haben kein Problem, 12 bis 14 Milliarden Euro umzuverteilen. Gerade Sie haben sich immer sehr stark dafür eingesetzt, dass dies sogar noch weiter ausgedehnt wird. Das ist eine Mehrbelastung. Nun sind Sie aber mit Blick auf die Umverteilung bei einem kleinen Pünktchen empfindlich, das 10 % ausmacht. Das passt hinten und vorne nicht zusammen. Deshalb würde ich in der Tat empfehlen, dass sich die Wirtschaftspolitiker der SPD einmal mit den Ideologen ihrer Partei erfolgreich auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Thorsten Glauber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen!)

Herr Huber, ich glaube, dass Ihre Einschätzung gerade zu diesem Thema nicht passt. Sie haben davon gesprochen, dass es wirtschaftsfreundlich ist. Ist das wirtschaftsfreundlich? Sie entlasten einen Teil des Mittelstandes, aber Sie belasten einen großen Teil des anderen Mittelstandes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie belasten das Handwerk und die privaten Verbraucher. Ich wage zu bezweifeln, dass das die richtige Einschätzung der wirtschaftspolitischen Kraft in Bayern ist. Sie, Herr Huber, waren doch ein klarer Atomkraftbefürworter. Das war Ihre Fehleinschätzung. Sie waren ganz klar gegen einen Ausbau des Breitbandes in Bayern über eine Beteiligung des Freistaates. Das war Ihre Fehleinschätzung. Sie sind bis heute einer, der sagt: Wir brauchen den Donauausbau. Ich glaube, auch das ist eine Fehleinschätzung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Huber, Sie liegen öfter einmal daneben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Weil Sie öfter danebenliegen, glaube ich, dass Sie auch heute danebenliegen. Wir werden uns in diesem Haus darüber unterhalten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das Energieeinspeisegesetz hat nur 592 Unternehmen entlastet. Wir wissen noch nicht, was aufgrund Ihrer neuen Regelungen passiert, weil wir noch keine trennscharfen Zahlen haben.

Der Weg, den Sie jetzt beschreiten wollen, ist definitiv der falsche. Wir werden das Handwerk belasten, und ich sage Ihnen auch, warum. Das Handwerk wird die Kosten auf die Preise seiner Handwerks Güter aufschlagen, und die Privatleute werden zweimal zahlen: Sie zahlen die EEG-Umlage und das Mehr an Handwerksleistungen, weil sich dort der Strompreis erhöhen wird. Von daher ist dies für das Handwerk völlig kontraproduktiv.

Wir als FREIE WÄHLER sehen keine Notwendigkeit, mit neuen Regelungen eine Ausweitung zu schaffen. Wir haben das auch hier im Hause immer als eine falsche Wirtschaftspolitik gesehen. Der Merit-Order-Effekt ist angesprochen worden. Wir wissen doch heute schon, dass an der Strombörse in Leipzig eingehender Solarstrom oder Strom aus erneuerbaren Energien günstiger ist als der aus alten Kraftwerken. Warum schreibt denn Eon so viele Kraftwerke ab? - Weil sie völlig unlukrativen Strom einspeisen. Ich habe schon mehrmals in diesem Haus gesagt, dass wir in Zukunft aufgrund der Energiewende Strom günstiger produzieren als heute. Natürlich ist dieser Schritt noch zu gehen. Das sage ich aber voraus. Sie sprechen von 3,5 Cent. Wie hoch ist die Erhöhung der EEG-Umlage in diesem Jahr? - 0,06 Cent. Für einen Privathaushalt

macht dies bei 3.500 Kilowattstunden ungefähr 2,10 Euro aus. Es ist deshalb eine falsche Wirtschaftspolitik, immer nur einen kleinen Teil der Industrie zu entlasten.

Ein Letztes. Im Antrag steht auch, dass Sie im Prinzip Unternehmen mit 7.000 Stunden Strombezug und mehr als 10 Gigawattstunden entlasten wollen. Sie müssen sich überlegen, was das bedeutet. Für diese Unternehmen müssen wir eine ganz besondere Infrastruktur errichten. Und weil wir als Gesamtgesellschaft diese Infrastruktur errichten müssen, wollen Sie diese Unternehmen auch noch entlasten? Ich finde: Wenn die Politik Rahmenbedingungen schafft, sollen auch die Unternehmen ihren Anteil zu diesen Rahmenbedingungen beisteuern. Diese Rahmenbedingungen schaffen wir durch Politik.

Abschließend möchte ich noch sagen: Diese Woche hat der stellvertretende Vorsitzende der Energiekommission und der heutige Antragsteller an diesem Redepult geißelt, dass die Oppositionsfraktionen neben der Kommission Anträge stellen. Heute stellt er selbst einen Antrag. Andere zu geißeln, selbst aber Anträge zu stellen, sollte ihm zu denken geben.

Abschließend möchte ich sagen: Die Energiekommission arbeitet sehr gut zusammen. Ich möchte Tobias Reiß ein Lob aussprechen. Er versucht, alle zusammenzubringen. Wenn wir das, was wir erarbeiten, auch wirklich gemeinsam real in Anträge gießen, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, man hat Ihrer Rede deutlich entnehmen können, dass Ihnen das EEG seit jeher ein Dorn im Auge ist. Im Jahre 2000 haben Ihre Fraktion und Ihre Partei gegen das EEG gewettert. Im Bundestagswahlkampf 2002 gingen Sie ebenfalls

gegen das EEG vor. Sie waren vom EEG nie begeistert, und zwar aus folgendem Grund: Die Energiewende wurde gegen Ihren Willen von den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet. Sie wurde gegen den Willen der großen Konzerne gestaltet. Sie wurde gegen den Willen der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien gestaltet. Mit dem EEG wurde etwas erreicht, was Sie nie für möglich gehalten haben: Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit, selbst in die Energiewende zu investieren und zu Stromproduzenten zu werden. Der Markt, den vorher vier Große unter sich aufgeteilt haben, wird neu verteilt.

Sie suchen jetzt einen weiteren Weg, um den Bürgerinnen und Bürgern das EEG madig zu machen. Sie wollen dafür sorgen, dass die Kosten einseitig aufseiten der Bürgerinnen und Bürger und der kleinen Unternehmen weiter steigen, während die große Industrie weiter entlastet werden soll. Herr Huber, Sie haben angesprochen, dass im Jahr 2004 erstmalig die Härtefallregelung ins EEG aufgenommen wurde. Aktuell sind davon 517 Betriebe betroffen. Im Jahr 2004 wurde jedoch gesagt, dass diese Regelung stufenweise wieder abgebaut werden soll. Man wollte den Unternehmen damals ein Zeitfenster geben, um effizienter mit Strom und Energie umzugehen. Die Bundesregierung macht jetzt genau das Gegenteil. So viel zum Thema Planungssicherheit für die Industrie in diesem Land. Sie dehnen diese Regelung weiter aus und nehmen mehr Firmen hinein. Herr Kollege Glauber hat schon angesprochen, was das bedeutet: Das bedeutet, dass Sie diejenigen Unternehmen, die schwankende Strommengen abnehmen und für die deshalb viel in die Infrastruktur investiert werden muss, von den Kosten befreien möchten.

Für uns ist ganz klar: Eine Energiewende kostet Geld. Das ist unumstritten. Neue Kraftwerke sind in der Produktion zunächst einmal teurer als abgeschriebene Anlagen. Aber alle Fraktionen in diesem Hohen Haus möchten die Energiewende. Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Kosten auf alle Schultern verteilt werden müssen. Dies gilt für die Industrie und den Mittelstand genauso wie für den kleinen Bürger. Deshalb

geht der Antrag der SPD komplett in die richtige Richtung. Wir werden ihm selbstverständlich zustimmen.

Eines noch zum Schluss: Die Industriestrompreise stagnieren seit 2007 auf dem gleichen Niveau, während sie für die Privatkunden gestiegen sind. Für die Industrie sind die Strompreise in den letzten Jahren also nicht gestiegen. Ich bitte deshalb um mehr Ehrlichkeit in der Debatte. Die aktuelle Anregung, die Industrie weiter freizustellen, wäre ein zusätzliches Geschenk für die Industrie. Der Strompreis an der Börse liegt auf dem Niveau der Zeit vor der Abschaltung der acht Kernkraftwerke. Das Gejammer der Industrie findet also auf sehr hohem Niveau statt. Es ist nicht angemessen, dass die Politik jetzt springt und weitere Geschenke vor Weihnachten verteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns bei der Energiewende drei Ziele gesetzt, die wir in Einklang bringen wollen: die Umweltverträglichkeit, die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit. Mit einer verfehlten Subventionspolitik, wie sie von Rot-Grün propagiert wird, gefährden wir Arbeitsplätze und die Wirtschaft in unserem Land. Gerade in einem Industrieland wie Bayern, bei dem in den meisten Landkreisen Vollbeschäftigung herrscht, müssen wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben und dürfen nicht immer nur die Kostenschraube nach oben drehen, wie dies Rot-Grün fordert.

(Beifall bei der FDP)

Schauen Sie doch beispielsweise einmal nach Südost-Oberbayern ins Chemiedreieck. Zehntausende Arbeitsplätze sind hier von den Energiekosten abhängig. Genau um diese Betriebe geht es bei dieser Regelung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, dass wir Härtefälle in der Industrie vor einer zu hohen Kostenbelastung schüt-

zen. Wir wollen diese Regelung aus guten Gründen auf mittelständische Betriebe ausweiten, bei denen die Stromkosten einen hohen Prozentsatz ihrer Gesamtproduktionskosten ausmachen und die unter hohen Stromkosten zu leiden haben. Diese mittelständischen Betriebe sollen ge- und verschont bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es auch um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, der Betriebe und der Industrie in unserem Land und damit auch um Arbeitsplätze in unserem Land. Sehen Sie sich einmal an, wie es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Moment bestellt ist bzw. wie gefährdet sie ist. Ich nenne einen anderen Kostentreiber, nämlich die Wechselkurse aufgrund des starken Euro. Einer der Hauptabnehmer des Exportlands Bayern ist Polen. Vor einigen Monaten mussten sie in Polen 3,80 Zloty für einen Euro bezahlen. Heute müssen Sie über 4,50 Zloty bezahlen. Dies ist eine massive Kostensteigerung und somit eine Gefahr für unseren Export. In dieser Situation dürfen wir die Kosten für eine verfehlte Wirtschaftspolitik nicht weiter nach oben treiben. Schwarz-Gelb ist der Garant dafür, dass unsere bayerische Wirtschaft auch in Zukunft international wettbewerbsfähig bleiben wird.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hartmann zu?

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann haben Sie wieder das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Hartmann, wäre jetzt Rot-Grün an der Regierung, würde ich dieser Regierung zutrauen, eine Energiewende zu schaffen. Sie würden jedoch eine Energiewende auf Kosten unserer bayerischen Wirtschaft herbeiführen. Sie machen Subventionspolitik. Wir schaffen Anreize. Ihre Politik ist wirtschaftsfeindlich. Wir betreiben eine wirtschaftsfreundliche Politik.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Schwarz-Gelb ist ein Garant für Wirtschaftskraft in Deutschland und in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Energiepreise haben auch eine soziale Komponente. Sollten die Produktionskosten von Unternehmen aufgrund einer verfehlten Subventionspolitik steigen, würden diese Kosten natürlich auf die Produzenten und auf den Warenkorb umgelegt. Das hat zur Folge, dass die Preise steigen. Lieber Herr Kollege Wörner, ich wage einmal zu behaupten, dass Preissteigerungen dem Bewohner einer Genossenschaftswohnung in München oder einem Hartz-IV-Empfänger deutlich mehr zu schaffen machen als jemandem, der deutlich mehr in diesem Lande verdient. Deshalb betreiben Sie nicht nur eine verfehlte Wirtschaftspolitik; Sie betreiben auch eine verfehlte Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Summa summarum kann man zu diesem Antrag nur sagen, dass er aus nahezu jedem Grund abzulehnen ist; denn er führt in eine völlig falsche Richtung. Herr Kollege Wörner, wir lehnen Ihren Antrag aus betriebswirtschaftlichen, aus volkswirtschaftlichen, aus arbeitsmarktpolitischen und - das wird Sie am meisten überraschen - auch aus sozialpolitischen Gründen ab.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir haben zwei Wortmeldungen für eine Zwischenbemerkung. Die erste stammt von Herrn Kollegen Hartmann, die zweite von Herrn Kollegen Wörner. Ich rufe zunächst Herrn Kollegen Hartmann auf.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Kollege Thalhammer, können Sie einen einzigen Beweis dafür nennen, dass die Strompreise für Industrieunternehmen, die unter die Härtefallregelung fallen, seit 2007 gestiegen sind? Oder stimmen Sie mir zu, dass die Preise gleich geblieben bzw. leicht gefallen, jedenfalls nicht gestiegen sind? Sie haben viel von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gesprochen. Ich stimme Ihnen zu,

dass wir wettbewerbsfähig bleiben müssen. Sie haben aber sicher schon von der Endlichkeit der Rohstoffe gehört. Die fossilen Rohstoffe werden teurer. Ist es nicht endlich an der Zeit, ein Signal an das produzierende Gewerbe zu senden, effizienter und sparsamer mit der Energie umzugehen, um in Zukunft auf diesem Planeten noch wettbewerbsfähig zu sein? Das wäre der richtige Ansatz.

Ein Punkt hat mich ziemlich erstaunt. Vielleicht wissen Sie nicht, dass Eon und andere große Stromkraftwerksbetreiber fossile Kraftwerke vom Netz nehmen, weil diese nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Das spricht doch nicht dafür, dass der Strompreis ganz oben ist; das spricht doch eher dafür, dass der Strompreis in den Keller gegangen ist, weil sich diese Kraftwerke nicht mehr rechnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Hartmann, dass Eon Kraftwerke vom Netz nimmt, ist mir sehr wohl bekannt. Schließlich war ich einer derjenigen, die hier im Landtag bereits vor geraumer Zeit gefordert haben, das Kraftwerk Isar 1 abzuschalten.

(Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Glocke des Präsidenten)

Weil es politischer Wille war, muss Eon Kraftwerke, die viel Energie produzieren, abschalten. Das ist ganz klar. Und: Ja, das weiß ich. Der Atomausstieg ist selbst an mir nicht vorbeigegangen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Rohstoffe sind eines der entscheidenden Zukunftsthemen in unserem Land. Ich möchte in diesem Zusammenhang meinen Kollegen Karsten Klein positiv herausstel-

len. Wir sind gemeinsam nach Berlin gefahren und haben das Thema auf die Tagesordnung gebracht, damit von Bayern endlich einmal ein Schub kommt und endlich ein Rohstoffkonzept erarbeitet wird. Denn wir sind in Zukunft von einer soliden und sicheren Versorgung mit Rohstoffen abhängig. Es freut mich, dass das Thema bei Ihnen mittlerweile auch angekommen ist. Für Sie war das Thema Rohstoffe bislang völlig fremd, weil Sie bei einigen Rohstoffen wie beispielsweise Uran aus ideologischen Gründen prinzipielle Berührungängste haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Lieber Kollege Hartmann, ich weiß - das habe ich auch immer gesagt -, dass das Energieeinsparpotenzial bei der Industrie, vor allem bei der energieintensiven Industrie, schon fast ausgeschöpft ist, weil diese sich von Anfang an sehr stark mit diesem Thema beschäftigt hat. Die Stromkosten waren nämlich eine große Kostenschraube in ihrem Businessplan. Deswegen ist es doch umso wichtiger, dass man mit den Stromkosten der Industrie sensibel umgeht, um auch in Zukunft die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze in unserem Land nicht zu gefährden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Thalhammer. Jetzt hat als Nächster der Kollege Wörner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Thalhammer, Sie haben erstens das Chemiedreieck angesprochen. Wissen Sie, dass keines der Unternehmen in diesem Park von dieser Regelung betroffen ist und deshalb auch keines einen höheren Strompreis bezahlt? Sie liegen alle über diesem Schwellenwert und brauchen außerdem alle mehr als das, was in der Regelung steht. Das heißt, diese Regelung betrifft sie überhaupt nicht. Wenn Sie schon Beispiele nennen, dann sollten es die richtigen sein; sonst könnte man den Verdacht haben, Sie wissen nicht, wovon Sie reden.

Zweitens. Wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit sprechen, frage ich Sie: Wissen Sie, dass einer der größten Aluminiumproduzenten Kanada ist? In Kanada ist der Strompreis für alle Menschen gleich, egal, wie viel Strom sie brauchen. Dennoch ist Kanada wettbewerbsfähig. Komisch, nicht wahr? - Also scheint kein sonderlich großer Zusammenhang zu bestehen.

Drittens. Über Durchleitungskosten haben Sie vorsichtshalber nicht geredet. Das ist ein großer Brocken, der uns beim Ausbau der Netze fehlen wird. Dann werden wir auch anders verteilen müssen. Das schlägt sich auch in den Sozialkosten nieder. Sie, Herr Kollege Thalhammer, vergießen Krokodilstränen über Soziales. Das weise ich aufs Schärfste zurück; denn Sie sind die Partei der sozialen Grausamkeiten, Sie sind für Tarifflicht, für Lohndumping und für Niedriglöhne, die allen Systemen schaden.

(Beifall bei der SPD)

Ja, die Arbeitsplätze. Welche Arbeitsplätze? Für die danke ich Ihnen! Ich wünsche Ihnen ein paar davon.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Wörner. Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Wörner, vielen Dank für Ihren sachlichen Beitrag. Ich glaube, ich bin gescheiter, als Sie glauben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe auch bayerisches Abitur.

(Harald Güller (SPD): Die Erwartungen sind ja auch ziemlich niedrig! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Können wir uns wieder abregen, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Das wird von meiner Redezeit abgezogen; denn das war quasi eine persönliche Erklärung.

Herr Kollege Wörner, wenn Sie meine Rede mit all Ihrer Aufnahmefähigkeit verfolgt haben, dann ist Ihnen sicherlich aufgefallen, dass ich davon gesprochen habe, dass es im Chemiedreieck viele energieintensive Industrien gibt und dass die Regelung jetzt auf die mittelständischen Betriebe erweitert wird. Das stand im Fokus meiner Rede; wir machen nämlich mittelstandsfreundliche Politik, was für Sie als SPD ein Fremdwort ist.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Kollege Wörner, Sie halten mir sozusagen vor, dass ich Witze mache, stellen selbst aber in diesen Tagen Kanada als positives Beispiel heraus, das jetzt aufgrund seiner verfehlten Wirtschaftspolitik aus dem Kyoto-Protokoll aussteigen muss, weil es sonst viel zu hohe Zahlungen hat, weil Kanada es eben nicht schafft, die drei Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit von Energie und Umweltfreundlichkeit in Einklang zu bringen. Das zeigt einfach nur, dass Sie nicht nur von der hiesigen Wirtschaftspolitik, sondern auch von der internationalen Wirtschaftspolitik keine Ahnung haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Herr Kollege Huber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Jetzt kommt der Fanclub! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Huber glaubt auch, dass er klüger ist, als wir glauben! - Glocke des Präsidenten)

Seien Sie bitte so fair, dem Kollegen Gelegenheit zu geben, seine Zwischenbemerkung zu machen! - Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege, würden Sie der SPD vielleicht noch Nachhilfeunterricht in der Weise geben, deutlich zu machen, dass es in der Tat nicht nur um Arbeitsplätze im Chemiedreieck geht, sondern dass es beispielsweise auch darum geht, dass es in Zukunft weitere Investitionen in diesem Bereich gibt? Es geht also nicht nur um einen Bestandsschutz, sondern es geht auch darum, dass wir für Investitionen in den Bereichen Papier, Aluminium, Chemie, Stahl oder beispielsweise auch - das ist für Bayern besonders interessant - für Karbon wettbewerbsfähig und attraktiv bleiben. Dieser Werkstoff, der eine großartige Zukunft hat, wird hier nur produziert werden, wenn wir auch beim Strompreis wettbewerbsfähig sind. Wir kämpfen darum, dass im Raum Kelheim eine Produktionsstätte für Karbonwerkstoffe entsteht. Das hängt wirklich auch an Centbeträgen, was den Strom angeht. Die Blindheit der SPD für Investitionen in diesem Bereich ist nicht zu überbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Jetzt reicht es aber!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Die Blindheit der SPD war auch nicht zu überhören.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Schreiben Sie sich also kurz vor Weihnachten die Worte des Kollegen Huber hinter die Ohren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Thalhammer. Als Letzte hat nun Frau Staatssekretärin Katja Hessel das Wort. Bitte sehr, Frau Staatssekretärin.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, was den Sinn der wirtschaftsfreundlichen Ausweitung angeht, hat Herr Kollege Huber deutliche Ausführungen gemacht.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich nicht?)

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Huber, auch ganz herzlichen Dank für die Erwähnung Kelheims und der großen Probleme, diese Produktion in Bayern zu halten. Es gab bereits aufgrund der hohen Strompreise Industrieverlagerungen weg von Bayern.

(Zurufe von der SPD)

Es nützt uns nichts, wenn wir nur den hiesigen Bestand erhalten; wir müssen auch wettbewerbsfähig bleiben. 10 % unserer Arbeitsplätze befinden sich in der stromintensiven Industrie, und bezahlbarer Strom ist ein großer Standortfaktor in Bayern.

Sie haben Kanada angesprochen, Herr Wörner. In Kanada sind die Strompreise prinzipiell niedriger als bei uns. Da kann man es sich vielleicht leisten, für alle einen einheitlichen Strompreis zu haben. Wir sind eines der Länder mit den höchsten Strompreisen. Der Strompreis ist ein absoluter Wettbewerbsfaktor. Die in Rede stehende Regelung ist eine mittelstandsfreundliche Erweiterung.

Danke, Herr Hartmann, dass Sie es gesagt haben: Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es wird zu höheren Kosten kommen, und damit müssen wir umgehen. Diese kommende Belastung wird sich wahrscheinlich im Centbereich bewegen.

Wir wissen auch noch nicht, wie es geht, aber es ist eine Erweiterung für den Mittelstand,

(Zurufe von der SPD)

und zwar für den stromintensiven Mittelstand. Wir werden diese Entlastung an den stromintensiven Betrieben ausrichten. Deswegen bitte ich, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von der SPD: Das war aber dürftig, Frau Staatssekretärin!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich warte so lange, bis Sie sich wieder beruhigt haben.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Für die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/10686 ist von der CSU namentliche Abstimmung beantragt worden. Die Urnen stehen an den beiden Eingangstüren und vorne beim Stenografischen Dienst. Die Abstimmung ist eröffnet. Es stehen dafür fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 9.50 bis 9.55 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Das Ergebnis wird zu gegebener Zeit hier mitgeteilt.

(...)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

